Demokratie retten!

Wahljahr 2024

«Es wurde bisher grundsätzlich immer nur die Wahrheit verboten!»
Friedrich Nietzsche

Die EU verletzt den Grundsatz, dass jede Stimme gleich viel wert ist, die Gewaltenteilung und unsere Souveränität. Meinungsfreiheit und ergebnisoffene Wissenschaft sind in Gefahr.

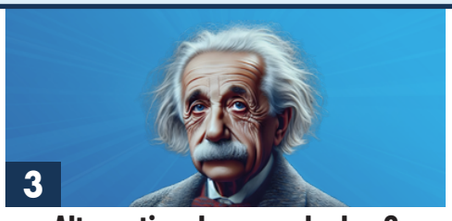
Liebe Bürgerinnen und Bürger,
mal wieder stehen Europawahlen und Kommunalwahlen an. Doch die Europäische Union (EU) ist ein Angriff auf die Demokratie und die Souveränität unseres Staates.
Wäre es fair, wenn die Wahlstimme eines Mannes doppelt so viel wie die Stimme einer Frau zählen würde? Oder die Stimme eines Deutschen 10x so viel wie die Stimme eines Franzosen? Natürlich nicht.
Genau so läuft es aber bei der Europawahl: eine deutsche Abgeordnete vertritt ca. 854.000 Einwohner, ein Abgeordneter aus Malta hingegen nur ca. 67.000 (Faktor 12,8x).

Die **Wahlgleichheit** ist massiv verletzt. Doch 6 der 7 EU-Organe werden gar nicht gewählt, darunter die entscheidende **EU-Kommission** mit ihren 32.000 Beamten.
Der **EU-Ministerrat** verletzt zudem die **Gewaltenteilung**. Absurd ist auch, wenn die ihren eigenen Wählern verpflichteten Abgeordneten, z.B. aus Portugal oder Spanien, den Bürgern in z.B. Deutschland oder Polen Vorgaben diktieren können, die sie selbst nicht betreffen.
Deutschland erwirtschaftet etwa 25% des EU-Bruttonationaleinkommens, bezahlt aber **47%** des EU-Haushaltes und muss daher seinen Austritt androhen, um **echte Reformen und Einsparungen** durchsetzen zu können.

Eine mögliche Sofortmaßnahme: der „Wanderzirkus" von zwei Parlamentssitzen in Brüssel und Straßburg muss weg! Für 1-2 Termine monatlich ziehen über 50 LKW Akten, 705 Abgeordnete und unzählige Mitarbeiter seit Jahrzehnten von Brüssel nach Straßburg. Jeden Monat.

Helfen Sie uns, die Demokratie zu verteidigen und Steuerverschwendung einzudämmen! Gehen Sie wählen! Vielen Dank.

Demokratie in Gefahr!
Parteien, Medien und Geheimdienste haben Angst um Geld und Einfluss.



Alternativ oder quer denken?
Dasselbe wählen, aber ein anderes Ergebnis erwarten? Funktioniert nicht.

Unser Programm für Europa
Für Zusammenarbeit und Demokratie als Gemeinschaft souveräner Staaten!

Irre Windkraftpläne
Hunderte neuer Windräder für den Neckar-Odenwald, Strom-Autobahn und noch mehr!

Grüner Betrug
Wie uns die „grüne" Politik aller Parteien um Milliarden bringt - ohne realen Nutzen.

Migration & Remigration
Mythen zur Migration und was bedeutet eigentlich Remigration und was nicht?

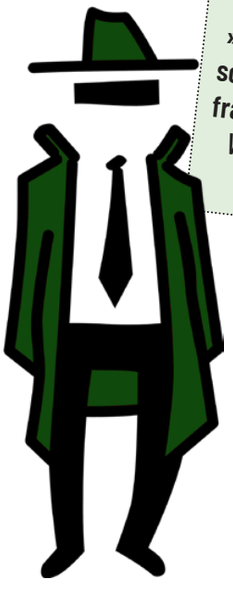
Liebe Leserinnen und Leser,
seit unserem letzten Heft hat sich politisch vieles kaum geändert. Klar, die Ampel regiert und hat den Abstieg Deutschlands und die internationale Isolation noch beschleunigt. Doch die Bedrohung für unsere Demokratie, unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt, aber auch für unsere Wirtschaft, unseren Wohlstand und unsere Souveränität hat nicht nachgelassen, im Gegenteil.

Beispiel: Noch immer setzen die regierenden Parteien 18 Geheimdienste mit tausenden Beamten ein, um demokratisch gewählte Opposition zu beobachten. Ein Vorgang, den es sonst in keiner Demokratie gibt. **Nachdem ein Bericht des Berliner Verfassungsschutzes (VS) feststellte, dass es bei der AfD keine Verfassungsfeindlichkeit gibt, sollten dort sofort Köpfe rollen.** Die Instrumentalisierung ist offensichtlich und war eine Warnung an alle anderen Mitarbeiter, aber auch Richter. Trotz ihrer Unabhängigkeit liegt die Personalhoheit über Richter nämlich bei den Landesregierungen. Die mangelnde Gewaltenteilung in Deutschland stellte der Europäische Gerichtshof (EuGH) bereits 2019 fest.

Ein Rechtsstaat hat Straftaten zu verfolgen und nicht zu initiieren!

Nachdem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Deutschland wiederholt wegen Verstößen gegen das Gebot eines fairen Verfahrens verurteilte, weil **in Strafverfahren rechtswidrige Tatprovokationen** vorangegangen waren, versuchen sich die etablierten Parteien nun an gesetzlichen Grundlagen für ihre außer Kontrolle geratenen Geheimdienste. Doch schon an die Kontrolle von V-Leuten durch Richter lehnen sie ab.

Vor Gericht gab der VS offen zu, V-Leute in der AfD einzusetzen. Eine staatliche, der Regierung untergeordnete Behörde bezahlt also dafür, Agenten in eine demokratisch gewählte Oppositionspartei einzuschleusen, damit diese der Partei schaden, und (gerichtlich aktenkundig) begehen V-Leute rechtsstaatswidrig rechtsextreme Straftaten. Die dienen dann wieder als Beleg für die Bedrohung von rechts. Gegen alle Regierungskritiker, gegen die man trotzdem nicht genug in der Hand hat, erschuf man dann noch die die **„Delegitimierung des Staates".**



»Nicht allein der Verfassungsschutz ist dafür zuständig, Umfragewerte der AfD zu senken.«
Verfassungsschutz-Präsident Thomas Haldenwang

Aufgabe des Verfassungsschutzes: Wirtschaftsspionage verhindern!

Aufgabe des Verfassungsschutzes ist eigentlich auch die **Verhinderung von Wirtschaftsspionage.** Es ist schließlich unmöglich für einen Unternehmer oder einen Abgeordneten zu wissen, ob einer seiner Mitarbeiter ein ausländischer Spion ist, was spätestens klar sein sollte, seit man es schaffte Bundeskanzler **Willy Brandt** (SPD) einen Spion unterzujubeln. Der VS müsste also den Abgeordneten warnen.
Genau das macht er aber nicht: Abgeordnete, die möglicherweise ausspioniert werden, warnt er offensichtlich nicht, wenn diese von der AfD sind. *Stattdessen* warnt er dann vor dem Abgeordneten. Auch hier: ein deutlicher Missbrauch des Geheimdienstes. Ebenso absurd: der VS beobachtet seinen eigenen langjährigen Präsidenten. Und außer CDU und FDP, die den Verfassungsschutz einst ins Leben riefen, wurden **nahezu alle Parteien schon beobachtet.**

Urteil vom Oberverwaltungsgericht Münster ein Erfolg?

Anders, als es der VS verbreitet, enthielt auch das neueste Gerichtsurteil von Münster interessante Feststellungen in seiner Begründung:
1. Dem Verfassungsschutz wurde verboten, auch nur den Eindruck zu erwecken, die AfD sei erwiesen extremistisch. Der bejahte Verdacht ist eben nur ein Verdacht, für den kaum Belege nötig sind.
2. Zweitens rüffelte das Gericht den Verfassungsschutz für dessen Arbeit. In der AfD gebe es zwar demokratiefeindliche Äußerungen, aber ***„nicht in der Häufigkeit und Dichte wie vom Bundesamt angenommen".*** Das heißt im Umkehrschluss: Viele Vorwürfe des Verfassungsschutzes sind konstruiert.
3. Das Gericht erklärt einen „ethnisch-kulturellen Volksbegriff" für verfassungsrechtlich legitim. Er dürfe nur nicht benutzt werden, um unter den Staatsbürgern eine ethnisch motivierte Zweiklassengesellschaft des Rechts zu errichten.

Nur die Grünen in Ihrer Traumwelt...

Laut einer repräsentativen Umfrage des INSA-Instituts geht eine relative Mehrheit von 48% der Befragten davon aus, dass der Verfassungsschutz „zu politischen Zwecken missbraucht wird" und nur 31% halten diesen Missbrauch für unwahrscheinlich. Spannend: **nur noch Anhänger der Grünen glauben mehrheitlich, dass man dem „Verfassungsschutz" vertrauen kann.** Diese trauen auch dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Autoritätsgläubige Befehlsempfänger gab es während Corona schon genug.
„Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!" sagte einst Immanuel Kant im Zeitalter der Aufklärung.

Werfen Sie einen Blick in unsere „Alternativen Nachrichten" vom **Frühjahr 2021!** Sie werden überrascht sein, wie viel sich seitdem nicht geändert hat und wie Recht wir mit vielem (besonders bzgl. Corona) hatten!

www.afd-nok.de/hefte/

Alternativ denken!

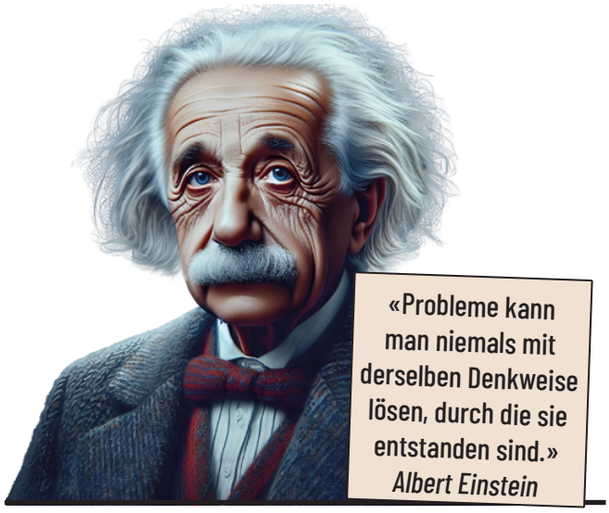
Probleme lösen nicht die Verursacher!

Albert Einstein war kein Politiker, aber der wohl bekannteste **„Querdenker"** der Geschichte und dies war kein Schimpfwort, sondern ein Lob. Nur wer kritisch hinterfragt, kann Zusammenhänge verstehen. Und nur wer Zusammenhänge versteht, kann gute Politik machen.

Wer hingegen immer dieselben wählt, kann kein anderes Ergebnis erwarten. Dies gilt in unserer Region derzeit insbesondere beim Ausbau der Windkraft und beim Erhalt der Gesundheitsversorgung. Andere Parteivertreter mögen teils im Kleinen (z.B. im Gemeinderat) für dieselben Ziele kämpfen wie Sie (z.B. gegen unsinnige Windräder), doch werden ihre Parteikollegen auf höheren Ebenen genau diese bei Ihnen erzwingen. Sie nehmen die Wahlergebnisse, auch der kleinen Vertreter, als Bestätigung für ihre Politik, obwohl die kleinen Vertreter diese oft gar nicht wollen.

Genau so war es auch bei der Schließung von Abteilungen der Neckar-Odenwald-Kliniken: die Grünen sprachen sich für den Erhalt der Geburtshilfe Mosbach aus, dabei trieb gerade ihr Sozialminister die Schließung und „Konzentrierung" der Kliniken auf weniger Standorte voran.

Sie können sich also von den Parteien, die seit Jahren keine Lösungen haben, einreden lassen, dass angeblich die AfD keine Lösungen hätte. Oder Sie denken alternativ und geben der AfD eine echte Chance.



Nur wenn Sie Alternativen wählen, kann sich auch etwas ändern!

Wer verkauft hier wen ans Ausland?

Mit absurden Kampagnen versucht man (besonders vor Wahlen) die Zustimmung zur AfD zu brechen. Dazu gehören „Ermittlungsverfahren" oder sogar nur „Vor-Ermittlungen", die aber keine Ergebnisse bringen werden (wie viele Beispiele aus der Vergangenheit belegen). Oder Gerichtsurteile, die nicht rechtskräftig sind (was die Presse oft unterschlägt) und die so auch niemals rechtskräftig werden.

Besonders absurd sind die Behauptungen einer Finanzierung der AfD durch Russland oder China. Die Finanzen der Parteien sind komplett öffentlich in den Rechenschaftsberichten. Anders als die anderen Parteien hat die AfD auch keine Großspender. Daher kann jeder selbst prüfen, ob es auffällige Geldflüsse an uns gibt, und die gibt es nicht.

Beispiel: Dr. Krah nahm an Auslandsreisen teil, so wie alle Abgeordneten. „Vorteile" müssen sie deklarieren. Krah bekam Bahnkarte, 3x Mittelklassehotel und Essen in der Betriebskantine von Huawei. Soll das ernsthaft „Bestechung" sein? Sicher gönnt er sich privat auch mal Luxus, dafür spart er an anderer Stelle. Gegenüber der Presse belegte er beispielsweise Reisen mit Flixbus nach Brüssel (statt etwa Flügen erster Klasse, wie sie in grünen Kreisen üblich sind).

Wie entsteht unser Programm?
Die AfD beschließt ihre Programmatik und Ziele basisdemokratisch mit Online-Abstimmungen (an denen alle Mitglieder teilnehmen können) und bei Mitgliederparteitagen unter Teilnahme der Presse. Wie soll es da „geheime Pläne" geben für etwas anderes als unser offizielles Programm? Unsere gewählten Abgeordneten und Fraktionen sind bisher auch nie von unseren beschlossenen Programmen abgewichen.

Die AfD hat keine „Nähe" zu Russland oder China. Wir haben die russische Invasion in der Ukraine klar verurteilt. Doch wir sind sind Realpolitiker statt Ideologen. Einen Krieg gegen Russland kann man so wenig gewinnen wie einen Krieg gegen die USA. Das ist vielleicht „unfair" oder „unmoralisch", aber eben die Realität. **Verstehen heißt nicht, Verständnis haben.** Wenn die Ampel einerseits Ukrainer in Deutschland bei der Verweigerung ihres Kriegsdienstes unterstützt, gleichzeitig aber für Deutsche eine neue Wehrpflicht plant und die NATO kurz vor der Entsendung von Truppen in die Ukraine steht, was bedeutet das dann?

Unseren Politikern (mit jeder Menge unbelegter Behauptungen) eine „Nähe" zu Despoten zu unterstellen dient der Verleumdung, Stimmungsmache und Zersetzung. Es ist auch kein neues Vorgehen: die CDU versuchte früher die SPD mit denselben Vorwürfen der Nähe zu Russland und zum Kommunismus auf Distanz zu halten.

Realität: Die Altparteien verkaufen uns ans Ausland!

Richtig ist: Die Altparteien verkaufen uns an Staaten wie China. Wichtige Unternehmen und Infrastuktur gehören inzwischen zu großen Anteilen staatsnahen chin. Unternehmen, Saudi-Arabien, etc. und wir wurden längst von diesen abhängig gemacht. **Die Regierung könnte ausländische Übernahmen verhindern, macht dies aber nicht.** Unter der Ampel bekamen Chinesen große Beteiligungen an Häfen, Startups, Automobilzulieferern, Robotikunternehmen etc. Auch Windkraft und Photovoltaik machen uns von China als Hersteller und Besitzer der für die Anlagen nötigen Rohstoffe abhängig.

Übrigens: Obwohl Saudi-Arabien der größte Öllieferant der Welt ist, kaufen sie Millionen Barrel Diesel aus Russland, um ihn nach Europa weiterzuverkaufen. Deshalb sagen wir: **Sanktionen schaden nur uns selbst.** Alle anderen machen damit noch Geld.

Die AfD (Alternative für Deutschland) steht seit ihrer Gründung für eine Erneuerung des europäischen Gedankens. In Deutschland und darüber hinaus vertritt sie die Idee eines **Europas der Vaterländer**, einer europäischen **Gemeinschaft souveräner, demokratischer Staaten.** Diese Gemeinschaft sollte zum Wohle ihrer Bürger in jenen Aufgabenfeldern zusammenarbeiten, die gemeinsam effektiver gelöst werden können.

Jedoch haben sich die EU und ihre unterstützenden Eliten von der ursprünglichen Idee einer europäischen Gemeinschaft entfernt. Statt eines starken Deutschlands und anderen souveränen Nationen wird die Souveränität der Mitgliedsstaaten zunehmend untergraben. Ein EU-Superstaat ist das erklärte Ziel vieler Eliten, obwohl ein solcher Staat weder eine **klare kulturelle Identität** noch ein einheitliches Staatsvolk besitzt.

1. Ein neues Haus für Europa

Wir wollen Europa stärken und in seiner Vielfalt bewahren. Den Drang der EU zu immer mehr **Zentralisierung und Bevormundung lehnen wir ab.** Um die nationale Souveränität und die kulturelle Identität der Mitgliedstaaten zu erhalten, **freien Handel in Europa zu gewährleisten** und die **überbordende Bürokratie** endlich wirksam abzubauen, streben wir die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft an. In diesem „Bund europäischer Nationen" wird es so viel nationale Eigenständigkeit wie möglich und so viel Zusammenarbeit wie nötig geben.

2. Unser Land zuerst

Um Frieden und Wohlstand in Deutschland und Europa zu sichern, wollen wir die Zuwanderung stark begrenzen und **Parallelgesellschaften zurückdrängen.** Insbesondere der politische Islam ist eine Gefahr für Deutschland und Europa. Wir wollen ein punktebasiertes **Zuwanderungssystem** nach japanischem Vorbild einführen, durch welches nur noch qualifizierte, integrationswillige Menschen zu uns kommen. Die deutsche Leitkultur muss für alle gelten, der massenhafte Asylmissbrauch muss ein Ende haben.

3. Festung Europa

Die ungeregelte und illegale Zuwanderung von Menschen aus der ganzen Welt überfordert uns. Wir wollen nicht zu Fremden im eigenen Land werden. Deshalb wollen wir den **Zustrom schon an den europäischen Außengrenzen stoppen** wie auch die Kontrolle über die deutschen Grenzen wieder herstellen.
Asylverfahren wird es mit uns nur noch außerhalb Deutschlands geben. Wer kein Recht darauf hat, in Deutschland zu sein, muss wieder gehen. Abschiebungen werden wir im notwendigen Umfang konsequent durchführen.

4. Freiheit statt Brüssel

Eine starke Wirtschaft ist die Voraussetzung für persönlichen Wohlstand und einen gerechten Sozialstaat, der die Schwächsten schützt und Leistung belohnt. Um allen Deutschen ein abgesichertes Leben zu ermöglichen, wollen wir die Kräfte des Marktes von ideologischen Fesseln befreien.
Dazu setzen wir auf Technologieoffenheit, freien Handel und fairen Wettbewerb. Verbote von Verbrennermotoren oder Gasheizungen, wie Brüssel sie plant, wird es mit uns nicht geben. Ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen lehnen wir ab.

5. Gesund ohne Zwang

Wir wollen, dass jeder Deutsche die bestmögliche medizinische Versorgung erhält. Die Produktion von **lebenswichtigen Medikamenten** wollen wir nach Europa zurückverlagern. Eingriffe in die deutsche Gesundheitspolitik durch internationale Organisationen lehnen wir ab. Die EU oder die WHO sollen in Deutschland keine Pandemien ausrufen dürfen. Die körperliche Unversehrtheit jedes einzelnen ist für uns unantastbar. Einer EU-Impfpflicht und einem EU-Impfzertifikat werden wir uns mit aller Konsequenz entgegenstellen.

6. Energiepolitische Vernunft

Sichere Versorgung mit günstiger Energie ist die Voraussetzung für eine florierende Wirtschaft und für Arbeitsplätze in Deutschland. **Die von der EU forcierte „Energiewende" ist gescheitert.** Sie hat Strom- und Heizkosten enorm verteuert und gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland.
Wir fordern den Wiedereinstieg in eine sichere und effiziente Kernkraft sowie ein Ende der Zerstörung unserer Kulturlandschaften durch Windindustrieanlagen. Um günstiges Gas aus Russland beziehen zu können, wollen wir die Nordstream-Pipelines reparieren. Die Wirtschaftssanktionen gegen Russland, die Deutschland am meisten schaden, wollen wir beenden.

7. Familienwerte statt Gender

Die Werte der Familie und das Kindeswohl stehen für uns an oberster Stelle. Daher lehnen wir die Frühsexualisierung unserer Kinder ab. Die Gender-Ideologie leugnet die natürliche Geschlechterpolarität und führt zur Auflösung der Familie. Zudem verunstaltet das Gendern die Sprache. Wir wollen das Gender-Mainstreaming beenden und durch eine **aktivierende Familienpolitik** wieder für höhere Geburtenraten in Deutschland und Europa sorgen. Die Bevormundung unserer Bürger durch ideologische EU-Vorgaben muss ein Ende haben.

8. Günstiges Wohnen für alle

Wir wenden uns gegen die Bestrebungen der EU, ab 2030 nur noch den Bau von sogenannten klimaneutralen Wohnhäusern zu erlauben. Ebenso weisen wir das unrealistische Ziel zurück, den kompletten Gebäudebestand in der EU mittelfristig emissionsfrei umzugestalten. **Auf das Weltklima werden diese Maßnahmen keinen Einfluss haben, Millionen Bürger stürzen sie jedoch in Armut.** Wir lehnen eine EU-weite Solarpflicht auf den Dächern sowie eine EU-Sanierungspflicht für angeblich ineffiziente Gebäude ab und wollen **das Bauen wie auch das Mieten wieder erschwinglich machen.**

9. Harte Währung, sicheres Bargeld

Wir wollen nationale Währungen zur Stärkung unserer Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit wieder einführen und die aktuelle Schuldenpolitik der EU bzw. der EZB zu Lasten Deutschlands beenden. Wir wollen unsere Finanzsouveränität stärken sowie das Bargeld als Garant der Bürgerfreiheit erhalten.

10. Mit Herz für Mensch und Tier

Tiere sind unsere Mitgeschöpfe. Wir fordern tierfreundliche Haltungsbedingungen in der Landwirtschaft und ein Ende für Lebendtransporte quer durch Europa. Als Verbraucher wollen wir wissen, was in unserem Essen ist. Wir bestehen auf einer klaren Bezeichnung der Inhaltsstoffe. Insekten gehören für uns nicht auf den Teller, Fleischverbote wird es mit uns nicht geben.

Die Europäische Zentralbank hat über 8.500 Milliarden Euro ohne Gegenwert gedruckt, davon 4.000 Milliarden in nur zwei Jahren. Das musste zur Inflation führen und wird wieder passieren!

EU-Corona-Wiederaufbau?

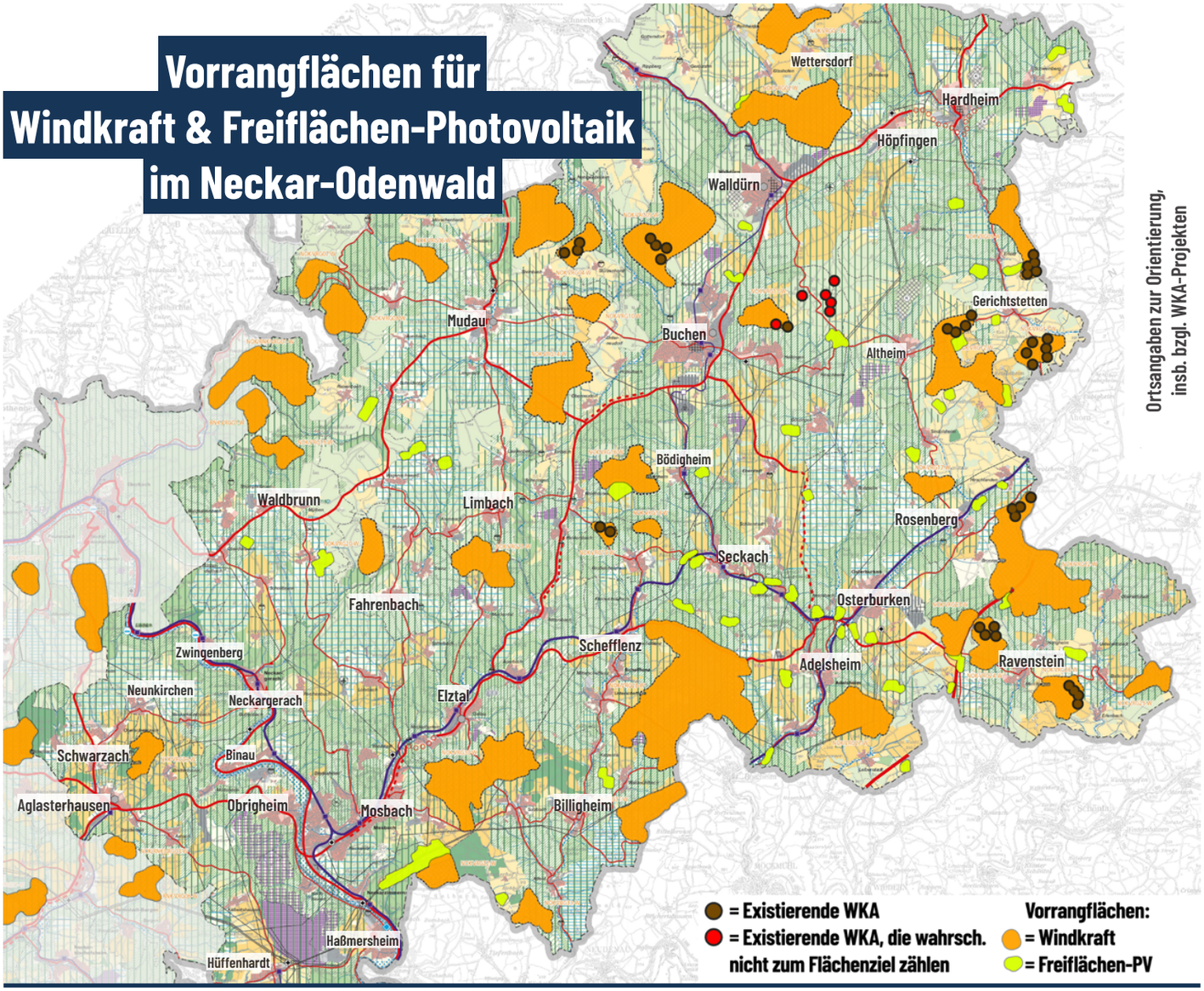
Im Zuge der Corona-Pandemie startete die EU einen schuldenfinanzierten „Wiederaufbaufonds" mit über 800 Milliarden Euro. Die **Finanzierungskosten** (Zinsen) für diese Verschuldung explodierten innerhalb von zwei Jahren bereits um das **25-fache**. Deutschland haftet mit rd. 262 Mrd. Euro. Während Deutschland pro Einwohner etwa 332 € aus dem Fonds bekommt, erhalten z.B. Griechenland, Spanien und Italien mehr als das Zehnfache.

Was mit dem Corona-Wiederaufbaufonds finanziert wurde? In Dänemark z.B. Carsharing-Werbung, in Malta Prämien für E-Bikes, Luxemburg kofinanzierte E-Ladestationen, in Spanien unterstützte man den Frauenfußball, in Italien den Ausbau von Filmstudios und Frankreich unterstützt damit den Kauf von E-Autos in Überseegebieten wie La Réunion im Indischen Ozean. Auch 4.000 „Digitalberater" hat Frankreich bezahlt, darunter 250 in der Karibik.

Wir sprechen Probleme an!
«Das Problem zu erkennen, ist wichtiger als die Lösung zu erkennen, denn die genaue Darstellung des Problems führt zur Lösung.» *Albert Einstein*

Unser komplettes Wahlprogramm (52 Seiten) bekommen Sie online:
www.afd.de/europa-neu-denken/

Vorrangflächen für Windkraft & Freiflächen-Photovoltaik im Neckar-Odenwald



Über 6,7% der Fläche des Neckar-Odenwald-Kreises sollen für Windkraftanlagen genutzt werden. So sieht es der Regionalplan der Metropolregion Rhein-Neckar vor, zu der wir gehören. Zum Vergleich: Alle Häuser und Straßen des Landkreises machen zusammen etwa 11% der Fläche aus.

Bestehende Windkraftanlagen (WKA) zählen teils nicht zu diesem Flächenziel dazu. Außerdem soll Freiflächen-Photovoltaik **weitere mind. 0,6% der Fläche** unseres Landkreises bedecken. Grüne Staatssekretäre überlegen jedoch schon, auch dieses Flächenziel zu verdreifachen.

Dazu kommt nun die Planung gleich mehrerer „Strom-Autobahnen", die von Norddeutschland durch den NOK in den Süden führen sollen. Von unseren 27 Gemeinden werden wohl 25 betroffen sein. Zuerst unterirdisch geplant, wirbt der grüne Kretschmann bereits für eine **oberirdische Verlegung** der Leitungen aus Zeit- und Kostengründen.

Unser Landkreis wird sich für immer drastisch verändern. Der NOK stellt nur 1/5 der Fläche der Metropolregion, soll aber die Hälfte der „Energiewende"-Ziele der Metropolregion erfüllen.

CDU, Freie Wähler, SPD und FDP möchten als Ausgleich dafür mehr Bauflächen haben. Die Grünen sind natürlich sowieso einverstanden, wollen aber keine neuen Bauflächen, sondern Geld für mehr öffentlichen Nahverkehr in Ecken, in denen dieser offensichtlich gar nicht nachgefragt wird.

Zudem diskutiert man über Abstandsregelungen, für die es jedoch keine wissenschaftlichen Grundlagen gibt. Willkürlich werden bei uns künftig wohl 700 Meter Abstand von Windrädern zu Wohnhäusern gelten. Aus den Unterlagen geht jedoch auch ausdrücklich z.B. zu Schulen und Kindergärten ein Abstand von nur 300 Metern hervor.

Nur die AfD lehnt diesen Irrsinn ab. Windkraftanlagen sind bei uns nicht rentabel. Sie werden extrem subventioniert. Backup-Kraftwerke fehlen komplett. Zudem bedeuten sie enorme Risiken. All das haben wir mit Fakten in der Kreistagssitzung im April dargelegt.

Schauen Sie sich die Karte der geplanten Flächen genauer an und lesen Sie unsere Argumente & viele Fakten zum Thema:

www.afd-nok.de/windkraft/

Ohne Sinn und Verstand wird der Neckar-Odenwald zerstört!

Hunderte Windräder bis 2027?

Die grünen Regierungsparteien haben (mit Hilfe Ihrer CDU-Regierungspartner in Baden-Württemberg!) so viel Druck gemacht, dass Metropolregionen ihre Ziele von 1,8% der Fläche für Windkraft bis zum 30.09.2024 beschließen müssen, und bis zum 31.12.2027 müssen bereits 1,1% der Landesfläche zur Windkraft beitragen. Unsere Metropolregion will die Hälfte ihres Gesamtzieles (von 1,8%) alleine im Neckar-Odenwald-Kreis erfüllen, was 6,7% der Fläche vom Neckar-Odenwald-Kreis für Windkraft bedeutet.

89 neue Windkraftanlagen im Neckar-Odenwald waren 2023 bereits konkret geplant und teils längst genehmigt. **Es ist daher absehbar, dass bereits bis Ende 2027 Hunderte neue Windräder im Landkreis gebaut werden.**

Die CDU könnte diesen Wahnsinn verhindern. Einer ihrer Minister kommt aus dem Neckar-Odenwald, doch dieser setzt sich genauso wenig für Vernunft ein wie die CDU in der Landesregierung, die CDU im Bundestag (die schon die Koalition mit den Grünen plant) oder die CDU im Europaparlament, die mit dem **„European Green Deal"** von **Ursula von der Leyen** sogar Vorreiter für ideologisch „grüne" Projekte ist.

Dabei ist Windkraft in Süddeutschland schlichtweg nicht rentabel. Die Stromausbeute einer Windkraftanlage verändert sich mit der dritten Potenz der Windgeschwindigkeit. Das bedeutet: 25% mehr Wind führt zu 58% mehr Strom, eine Verdopplung der Windgeschwindigkeit ergibt die achtfache Windleistung. Oder eben umgedreht:

Wenn im Neckar-Odenwald 50% weniger Wind weht als an der Küste, dann liefert das Windrad achtfach weniger Strom!

Nur einige Gründe gegen Windkraft
(je nach Standort, Abstand, etc.)

- Infraschall, Lärm, etc. & mangelnde Erforschung der gesundheitlichen Auswirkungen
- Zerstörung großer Waldflächen & zusammenhängender Waldgebiete
- Wertverlust Immobilien
- Schattenwurf
- Besonderer Schutz von Kindern/Schulen
- Gefahr für das Grundwasser durch Öl- und Chemieverschmutzung
- Schutz von Vogelarten, Fledermäusen, Milane und sonstiger Tiere
- Entsorgungsprobleme beim Rückbau der Kohlefaserverbundwerkstoffe
- Gefahr durch Eiswurf
- Brandgefahr der Anlagen und der Infrastruktur
- Flächenversiegelung durch die Fundamente & Wege zu den Anlagen
- Abrieb der Windräder verschmutzt & schädigt Landwirtschaft, Gesundheit und Trinkwasserversorgung
- Sicherheitsgefahr bei Unfällen nahe bestimmter Einrichtungen, z.B. Bundeswehr, Entsorgungsdeponien, Gefahrstofflagern, Tankstellen, etc.
- Erhalt von Landschaft und Lebensqualität

Kernkraftwerk Neckarwestheim 1+2:
2.240 MW
an ca. 7700 Std./Jahr
(90% Auslastung)

Übliche Windkraftanlage im NOK:
2-3 MW
an ca. 2100 Std./Jahr
(25% Auslastung)

*Leistungsbeispiel als Vergleich. WKA werden nicht nur Tausende als Ersatz benötigt, sondern es muss 75% **der Zeit** Strom durch Backup-Kraftwerke oder aus dem Ausland geliefert werden.*

KOMMUNALE FEHLANREIZE

Die meisten Kommunalpolitiker (Gemeinderäte, Kreisräte, Bürgermeister, Landräte) denken primär an ihren eigenen Haushalt. Das führt oft entweder zu sogenannten **Mitnahmeeffekten** oder zu **Fehlanreizen**.

Man setzt Projekte um, die von Bund, Land oder EU stark gefördert werden, sodass der kommunale Haushalt kaum damit belastet wird. Beispiele dafür sind die Reaktivierung von kaum genutzten Bahnverbindungen für oft Hunderte Millionen Euro oder die Einstellung von Klima- oder Umweltmanagern für die Kommune. Beispiel: Zwei Jahre bezuschusst diese das Land, doch danach wird man sie kaum wieder entlassen.

Aber natürlich muss der Steuerzahler sehr viel Geld dafür aufwenden, egal ob das Geld am Ende über den Bundeshaushalt, Landeshaushalt oder Gemeindehaushalt kommt. **Wir denken übergreifend und beurteilen Projekte nach ihrem Sinn** und nicht danach *wer* dafür bezahlen muss. Am Ende ist es immer der Steuerzahler!

Ein anderes Beispiel sind die sogenannten „minderjährigen" Flüchtlinge. Viele Landräte gehen selbst davon aus, dass die Mehrheit davon nicht minderjährig ist. Und die Landkreise sind zuständig dafür, dass sie im Zweifel eine Prüfung des Alters anordnen. Doch für minderjährige Flüchtlinge bekommt der Landkreis eine vollständige Kostenerstattung, hingegen für erwachsene Flüchtlinge nicht. Das könnte daher **falsche Anreize** setzen, denn eigentlich müssten viel mehr Prüfungen erfolgen. Dies würde jedoch den Kreishaushalt stärker belasten. Stattdessen bezahlt zwar der Bund für die fälschlich „Minderjährigen", doch die Kosten sind insgesamt betrachtet unverhältnismäßig höher. Das ist fatal für die Steuerzahler.

Kriminalität im Neckar-Odenwald explodiert!

Jahrelang hat Innenminister Thomas Strobl (CDU) die Sicherheit vernachlässigt und die Kriminalität schöngeredet. Der Grund dafür ist offensichtlich: Die Politik der „offenen Grenzen" (ohne Kontrollen) hat natürlich nicht alleine, aber doch wesentlich zur Verschärfung der Kriminalität beigetragen.

Dementsprechend sind **Demonstrationen und Proteste „gegen rechts"**, wie man sie ständig überall findet, auch nur eine Ablenkung von der Realität (merkwürdig: gegen Kalifate richten sich „bunte" Demos nie). Denn die offiziellen Statistiken kann jeder einsehen und sie sind unbestreitbare Fakten.

Hier die Zahlen von 2023 und der Anstieg zum Vorjahr in Prozent:

6.209	**Straftaten**	**+38,1%**
30,9%	**nichtdeutsche Tatverdächtige** (Bevölkerungsanteil im Landkreis: 12,2%)	**+56,5%**
5	**Straftaten gg. das Leben**	**+150%**
153	**Straftaten gg. sex. Selbstbestimmung**	**+15,9%**
1.204	**Rohheitsdelikte**	**+ 45,6%**
1.223	**Diebstähle, Wohnungseinbrüche**	**+ 52,9%**
1.597	**Fälschungsdelikte**	**+128,5%**
642	**Sachbeschädigungen**	**+5,1%**
401	**Rauschgiftdelikte**	**+15,6%**
248	**Gewaltdelikte**	**+45%**
212	**Computerkriminalität**	**+91%**
667	**Straßenkriminalität**	**+12,1%**

Quelle: Polizeipräsidium Heilbronn

„Die größte Gefahr für Deutschland"?

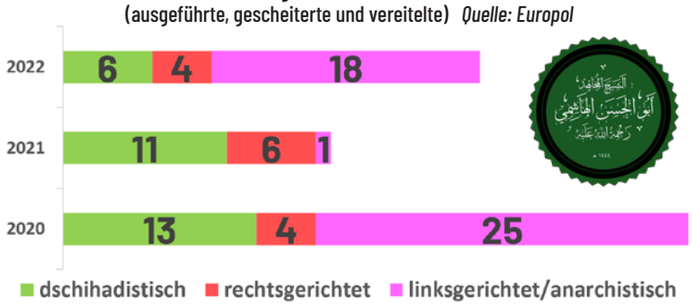
In Deutschland ist die Behauptung üblich, dass **„die größte Gefahr"** von „rechts" käme. Dies lässt sich aber mit Statistiken nur belegen, indem man Beleidigungen oder „Propaganda" (die es nur als „rechte" Straftat gibt, z.B. wenn jemand ein Hakenkreuz malt) mit Gewalttaten vergleicht.

Die real größte Gefahr zeigt sich hingegen bei den Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalt (z.B. im ersten Halbjahr 2022 zu 95% islamistischer Terrorismus) oder in der Statistik von Europol.

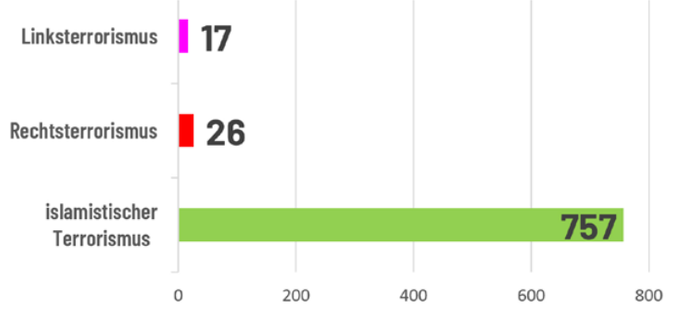
Wir bestreiten keineswegs, dass Rechtsextremismus gefährlich sein kann, wir stellen jedoch faktenbasiert das „Framing" der Regierung über die „größte Gefahr" infrage und wieso nahezu alle Medien es ungefragt übernehmen.

Was zudem regelmäßig unterschlagen wird: Die **größte rechtsextreme Organisation** Deutschlands sind die **„Grauen Wölfe"**, eine islamistische Organisation, deren Mitglieder immer wieder durch ihre Verbindungen zur SPD auffallen. Aber deren Jugendorganisation hatte 2020 auch die extremistische palästinensische „Fatah-Jugend" zur Schwesterorganisation erkärt. Der von den islamistischen „Grauen Wölfen" vertretene türkische Nationalismus und ihre Straftaten zählen in der Kriminalstatistik dennoch als „rechts".

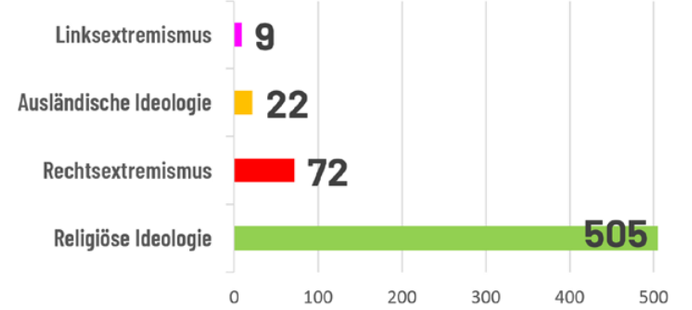
Terroristische Anschläge und Festnahmen wegen Terrorismusverdachts in der EU
(ausgeführte, gescheiterte und vereitelte) *Quelle: Europol*



Eingeleitete Ermittlungsverfahren beim Generalbundesanwalt
(2020 bis 07/2022) *Quelle: Welt.de/NZZ/LTO*



Anzahl der in Deutschland bekannten Gefährder
(Februar 2023) *Quelle: Statista/Neue Westfälische*



Schuldenexplosion

Der Fehler im System!
»Wenn ich viel und hart arbeite, muss ich viel Geld an die Regierung zahlen. Wenn ich aber nicht arbeite, zahlt die Regierung viel Geld an mich. Klingt komisch, ist aber so!«

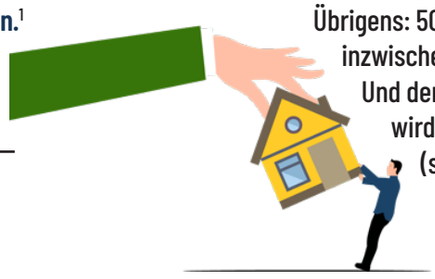
Die Staatsschulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen. Wenn es schlecht läuft, entfacht diese Verschuldung zusätzlich eine allgemeine **Inflation**. Der Bürger wird dann doppelt geschädigt: durch weniger netto und Kaufkraftverlust.

In den letzten 15 Jahren sind die Steuereinnahmen um 75% gestiegen. **950,3 Milliarden Euro Steuern nimmt Deutschland 2024 ein.** Trotzdem wollen die Grünen (die Ampel) die Schuldenregeln aufbrechen. Bund, Länder und Kommen waren Ende 2023 mit 1.445 Milliarden Euro verschuldet (+77 Mrd. zum Vorjahr). 2024 sind 100 Mrd. neue Schulden geplant.

Wir haben offensichtlich aber kein Einnahmen-, sondern ein **Ausgabenproblem**! Doch keiner will mehr Probleme durch Sparsamkeit lösen.

Die Rekord-Staatsverschuldung des Bundes kostet uns inzwischen rund **50 Milliarden Euro** jährlich an Zinsen! Viel Geld, welches bei Schulen, im Gesundheitswesen, usw. fehlt. **Man könnte damit auch alle Renten um 16% anheben.**[1]

[1]bezogen auf Rentenausgaben 2020: 304 Milliarden €



Geplündert wurde von der Regierung auch die Rentenkasse für „versicherungsfremde Leistungen". Zwischen 1957-2022 wurden rund **988 Milliarden Euro** entnommen, die eigentlich den Rentnern (Beitragszahlern) zustehen!

Übrigens: 50-60% aller Bürokratie geht inzwischen auf die EU-Ebene zurück. Und deren explodierende Verschuldung wird künftig ein weiteres Problem (siehe S.5).

Klimawandel? Globale Erwärmung?

Wie uns die Grünen (aller Parteien) um Milliarden bringen!

"Eine starke Triebkraft der wirtschaftlichen Leistung ist das Streben nach Eigentum. Es ist darum ein bedeutsames politisches Ziel, möglichst vielen Menschen die Eigentumsbildung in eigener freier Verfügung zu ermöglichen" erklärte Ludwig Erhard. Wir sehen dies genauso, weshalb wir den Menschen ihr Eigenheim ermöglichen wollen und die zunehmenden Belastungen für Hausbesitzer und junge Familien ablehnen. Die Links-Grünen sehen dies jedoch anders: ***„Im Jahr 2030 werden Sie nichts besitzen und glücklich sein"*** schrieb Klaus Schwab, Gründer des Weltwirtschaftsforums und dessen Initiative „The Great Reset". Das Forbes-Magazin nennt die Agenda *„ein weiteres Beispiel dafür, wie reiche, mächtige Eliten ihr Gewissen mit falschen Bemühungen, den Massen zu helfen, beruhigen und sich dabei noch reicher und mächtiger machen".*

Wenig privater Besitz ist eine Kernforderung des Kommunismus, dem noch immer viele Sozialisten anhängen und der auch unter „Fridays for Future" Anklang findet. Daher darf auch die marxistisch-leninistische MLPD regelmäßig Teil der „demokratischen" und „zivilgesellschaftlichen" Proteste gegen die AfD sein.

Der „Klimawandel" ist eine wichtige Begründung für die Altparteien, um den Bürger um viel Geld zu erleichtern, ja gar zu enteignen, und den Staat zu bereichern. Das Geld wiederum brauchen sie, um ihnen genehme Gruppen zu fördern, aber auch abhängig zu machen. Ein einfaches Beispiel zeigt, wie besonders die Bevölkerung Deutschlands einfach nur abgezockt wird:

Energieeffizienzklassen im Gebäudebestand
und die jeweiligen Höchstwerte in Kilowattstunden Endenergieverbrauch pro Quadratmeter und Jahr (kWh/qm/a)*

	A+	A	B	C	D	E	F	G	H
Deutschland	25	50	75	100	130	160	200	250	>250
Österreich	15	25	50	100	150	200	250	>250	
Polen	20	45	50	80	150	250	500		
Frankreich		70	110	180	250	330	420	>420	
Niederlande	105	160	190	250	290	335	380	>380	
Bulgarien	48	95	190	240	290	363	435	>435	
Irland		75	150	225	300	380	450	>450	
Belgien **	45	85	170	255	340	425	510	>510	

* Verbrauchs- und Bedarfswerte, teilw. Schätzungen. Die Art der Klasseneinteilung ist EU-weit unterschiedlich.
** Region Wallonie / Quelle: EPS DATABASE, EU-Kommission; Auswertung von Welt.de 19.07.23

Beispiel: Während ein Wohngebäude in Deutschland mit einem Energieverbrauch von 130 bis unter 160 kWh pro Quadratmeter und Jahr Klasse **„E"** erreicht, sollen Eigentümer in den Niederlanden mit einem entsprechenden Wert zwischen 105 und 160 die zweithöchste Klasse **„A"** schaffen. Die Anstrengungen, die EU-Vorgaben zu erreichen, wären demnach in Deutschland **wesentlich höher und kostenintensiver** als in allen anderen EU-Staaten.

Mythen zur Migration

Zur (ungesteuerten) Migration gibt es viele Mythen und Ausreden, damit sich nichts ändert. Beispiele:

Behauptung: Abschiebungen sind oft unmöglich, da viele Länder die Betroffenen nicht aufnehmen wollen
Wir bezahlen Hunderte Millionen Euro an Staaten, deren Botschaften nicht mal ans Telefon gehen, wenn unsere Behörden anrufen. Doch wenn Benin, Burkina Faso, Niger, Mali, Guinea-Bissau und Kamerun ihre Bürger nicht zurücknehmen, wenn diese bei uns keinen Aufenthaltsstatus bekommen, dann gibt es auch keinen Grund, weiter „Entwicklungshilfe" zu bezahlen. Zusammenarbeit funktioniert nicht, wenn man nur unser Geld will und ansonsten weder auf Schreiben reagiert noch Anrufe annimmt.

Behauptung: Entwicklungshilfe ist kein Geschenk, sondern zurückzahlbar
Fakt ist: Zwischen 2000 und 2022 hat Deutschland 51 Ländern Schulden in Höhe von 15 Milliarden Euro erlassen. Der Irak bekam 4,7 Milliarden Euro, Nigeria 2,4 Milliarden. Beides Länder, aus denen zahlreiche Asylbewerber kommen. Sogar EU-Kandidaten bekamen Hunderte Millionen Euro erlassen.

Übrigens: **Laut Weltbank werden 85% der Gelder für Entwicklungshilfe zweckentfremdet.**

Der Niederländer **Hein de Haas** ist Professor für Soziologie an der Universität Amsterdam und Professor für Migration und Entwicklung in Maastricht. Er forscht seit drei Jahrzehnten zu den sozioökonomischen Ursachen von Migration. Von 2006 bis 2015 lehrte er an der University of **Oxford**, wo er auch die Co-Leitung des „International Migration Institute" innehatte. Er stellte u.a. diese Mythen richtig:

Behauptung: Entwicklungshilfe führt zu weniger Migration
«Die Migration nimmt zu, wenn arme Länder reicher werden.» Mit steigendem Vermögen und zunehmender Bildung erhielten die Menschen in armen Ländern mehr Möglichkeiten zu einer Auswanderung. Und: «Entwicklung nährt auch ihre Ambitionen. Wenn Menschen die Schule besuchen, Medien konsumieren, Handys besitzen und selbst reisen, weitet sich ihr geistiger Horizont.»

Das heißt: **Entwicklungshilfe kann die Auswanderung aus sehr armen Ländern sogar befördern**, indem es den Menschen Mittel und Wege dazu gibt.

Behauptung: Migration ist eine verzweifelte Flucht aus dem Elend
In der öffentlichen Debatte dominieren Geschichten über Armut und Gewalt, die zur Flucht zwingen. «Das entspricht den westlichen Klischees der Entwicklungsländer als Morast von Elend und Tyrannei, dem alle entkommen wollen.» Die Wirklichkeit ist aber eine andere. «In der Regel ist Migration keine verzweifelte Flucht, sondern eine kalkulierte Investition in eine bessere Zukunft.»

Als Beleg für den Erfolg dienen de Haas die **Geldüberweisungen der Migranten in ihre Heimatländer.** Sie betrugen nach einer Schätzung der Weltbank von 2023 **rund 670 Milliarden Dollar,** mehr als doppelt so viel wie die staatliche Entwicklungshilfe.

Behauptung: Der „Klimawandel" führt zur Völkerwanderung
In den Köpfen vieler Menschen gehören Klimawandel (mit Folgen wie steigender Meeresspiegel, Überschwemmungen, Hitzewellen, Dürren) und Völkerwanderung zusammen. Sie erwarten eine Völkerwanderung vom globalen Süden in den Norden. Die Weltbank schätzt, dass bis zum Jahr 2050 bis zu 216 Millionen Menschen zu Klimaflüchtlingen werden könnten.

Hein de Haas hält diese Dimensionen für Unfug. Die entsprechenden Prognosen gingen an allem vorbei, was man aus der Forschung über das Wechselspiel zwischen Umweltveränderungen und Migration wisse. Es handle sich um «Pseudowissenschaft».

Zahlreiche Untersuchungen hätten gezeigt, dass die Menschen es nach einer Umweltkatastrophe vorzögen, ihre Heimat nicht zu verlassen, und alles täten, um dort bleiben zu können. **«Die meisten Menschen fliehen nur vorübergehend und über kurze Distanzen ins Nachbardorf oder in eine nahe Stadt.»**

Oft diene der Klimawandel Regierungen als Ausrede für eine verfehlte Politik, sagt de Haas. Neben bewaffneten Konflikten und Verfolgungen seien Entwicklungsprojekte – Staudämme, Industrie, Tourismus und Wohngebiete für Reiche – die Hauptursachen dafür, dass Menschen vertrieben würden: «Pro Jahr müssen 10 bis 15 Millionen Menschen solchen Grossprojekten weichen. Die Vertriebenen gehören meist zu den Schwächsten der Gesellschaft.» Die Migration ins Ausland können sich diese Leute gar nicht leisten.

Remigration:
Durchsetzung geltenden Rechts

Die AfD unterscheidet nicht zwischen deutschen Staatsangehörigen mit und ohne Migrationshintergrund. Alle Deutschen sind ohne Ansehen von Herkunft, Abstammung, Weltanschauung oder Religionszugehörigkeit Teil unseres Staatsvolks.

Wie die AfD „Remigration" definiert:

- 250.000 Ausreisepflichtige abschieben
- Kriminelle Ausländer und radikale Islamisten ausweisen
- Import ausländischer Konflikte stoppen („Eritrea-Festival", Syrer erklären Libanesen bei uns Krieg etc.)
- Grenzschutz / Abbau von Fehlanreizen
- Rückkehr zur Dublin-Verordnung
- Einhaltung von Asyl als „Recht auf Zeit"
- Flüchtlinge sollten während ihres Aufenthalts einen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten
- Deutsche Fachkräfte im Ausland zur Rückkehr motivieren (z.B. gingen 7.600 deutsche Ärzte 2020 in die Schweiz)

Wie die AfD „Remigration" nie definierte:

- Abschiebung von deutschen Staatsbürgern, egal ob diese einen Migrationshintergrund haben *(den übrigens auch viele in der AfD haben, z.B. unser Landesvorsitzender, unser Kreisvorsitzender und unser Vorsitzender der Landtagsfraktion)*
- Willkürliche kollektive Abschiebungen

Jeder, der einen Beitrag zu Wirtschaft und Gesellschaft leistet, ist uns ausdrücklich willkommen. Die Politik der AfD vertritt ebenso die Interessen von allen legal Eingewanderten!

www.afd.de/remigration/

Viele reale Gefahren für die Demokratie

„Wie Demokratien sterben"

Die beiden Havard-Professoren **Steven Levitsky** und **Daniel Ziblatt** haben in ihrem Werk **„Wie Demokratien sterben"** die **„Schlüsselindikatoren für autoritäres Verhalten"** benannt:

1. die Bereitschaft, die Rechte der Opposition zu beschneiden
2. eine Rhetorik, die die oppositionellen Kräfte zu Staatsfeinden erklärt
3. Versuche, die Opposition von der vollen Beteiligung am politischen Leben auszuschließen
4. weit gefasste Verleumdungsgesetze (siehe S.2: *„Delegitimierung des Staates"*)

Der Verlust persönlicher Freiheiten kommt schleichend!

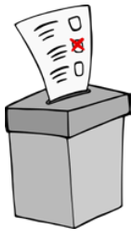
Das Ende von Wohlstand und Sozialsystemen?

Wie Medien am 13.05.24 berichteten, wird in einem Papier der FDP (sie stellt den Finanzminister Lindner) eine „brutale" Reform von Rente, Bürgergeld und Beiträgen gefordert, da andernfalls die **„Staatsinsolvenz"** drohen könnte. Noch ist das etwas übertrieben. Doch Wohlstand ist kein Selbstläufer. Die wichtigste bzw. einzige (wirtschaftliche) „Ressource" Deutschlands ist die Bildung und die leidet schon lange.

Argentinien war vor 100 Jahren eines der drei reichsten Länder, Venezuela vor 50 Jahren eines der 20 reichsten Länder der Welt. **Linke, sozialistische Politik und Überregulierung führten zum Absturz.** Durch die Interventionsspirale schaffte man sukzessiv die Demokratie ab.
Es sollte uns eine Warnung sein.

Wie schnell Grundrechte außer Kraft gesetzt werden

Während der Corona-Zeit erlebten wir eine Verletzung des Grundgesetzes und der unveräußerlichen Menschenrechte, wie es sie in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie gab. Die Bundesregierung hat die Axt an die Wurzeln unseres Rechtsstaats gelegt. Vor aller Augen. Verantwortung dafür wird bis heute abgelehnt.



Einfluss der Religion

„Im Westen haben Glaubensgemeinschaften freie Hand. Staaten, die vom Ausland finanzierte Moscheen zulassen, treten faktisch einen Teil ihrer Souveränitätsrechte ab" stellte die NZZ am 15.04.24 fest. *„Die Muslime in der Mehrheit sind friedlich, nicht aber der Islam. Denn anders als im Christen- und im Judentum stoppten radikale Gruppen Veränderungsprozesse, wenn die Religion angepasst werden sollte an moderne Zeiten"* erklärte **Jan İlhan Kızılhan**, Psychologe und Islamwissenschaftler, schon am 11.11.23. Auch im Christentum und in der Bibel gab es viel Gewalt, doch die westliche Welt hatte Gutenberg, die Reformation, die Aufklärung, sowie die Trennung von Religion und Staat. Dies fehlt beim Islam.

***„Viele Menschen im Westen befinden sich noch immer in einem Dornröschenschlaf und merken nicht, dass diese Werte bedroht werden – vom Islamismus.** Die Zivilisation und die Demokratie sind brüchig (...) Umso mehr gilt es für die Demokratie in Europa zu kämpfen."*

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,
wir sind Liberale und Konservative. Wir sind freie Bürger unseres Landes. Wir sind überzeugte Demokraten.

Als Alternative für Deutschland kamen wir zusammen in der festen Überzeugung, dass die Bürger ein Recht auf eine echte politische Alternative haben, eine Alternative zu dem, was die politische Klasse glaubt, uns als **„alternativlos"** zumuten zu können. Dem Bruch von Recht und Gesetz, der Zerstörung des Rechtsstaats und verantwortungslosem politischen Handeln gegen die Prinzipien wirtschaftlicher Vernunft konnten und wollten wir nicht länger tatenlos zusehen.

Ebenso wollten wir nicht länger hinnehmen, dass durch das Regime der EURO-Rettung längst überwundene Vorurteile und Feindseligkeiten zwischen den europäischen Völkern neu aufbrechen. Daher haben wir uns dafür entschieden, Deutschland und seinen Bürgern *in allen Bereichen* eine echte politische Alternative zu bieten.

Wenn Sie Fragen haben oder uns kennenlernen möchten, dann kontaktieren Sie uns einfach!

Ansonsten freuen wir uns über Ihre Unterstützung in Form von Ihrer Stimme bei den Wahlen!

Bei der **Europawahl 2024**, aber auch bei den Kommunalwahlen. Im Neckar-Odenwald treten wir in diesem Jahr an:

- zur **Kreistagswahl**
- zu den Gemeinderatswahlen **Mosbach**, **Buchen**, **Walldürn** (mit Ortschaftsrat **Altheim**), **Seckach** und **Ravenstein**

Warum wir nicht in mehr Gemeinden antreten? Wir haben zwar bis zu 25% Wähler im Neckar-Odenwald, aber leider noch viel zu wenige Mitglieder und Menschen, die bereit sind, politisch als Kandidat selbst Verantwortung zu übernehmen.

Daher freuen wir uns auch über neue Mitglieder!

Weitere Informationen

Unsere Positionen kommen in den Medien nachweislich nicht so häufig vor wie die anderer Parteien. Man redet über uns statt mit uns. Gerne können Sie sich daher auf unseren eigenen Angeboten informieren:

www.afd.de — **youtube.com/@AfDTV**
x.com/AfD — **instagram.com/afd.bund/**

Natürlich finden Sie uns auch bei Facebook, Telegram etc.

Auch auf den Internetseiten und Social Media-Angeboten unserer Fraktionen und Abgeordneten finden Sie zahlreiche der sachlichen und konstruktiven Anträge, die Reden und Pressemitteilungen zu unserer Arbeit:
www.afdbundestag.de | **www.afd-fraktion-bw.de**

Sie haben Fragen? Wollen Sie uns kennenlernen?
Sie möchten einen Beleg für eine Aussage?
Kontaktieren Sie uns!
vorstand@afd-nok.de

Was bewirkt Ihre Stimme?

Natürlich benötigt eine Regierung eine Mehrheit, also über 50% der Sitze. Doch auch eine starke Opposition ist wichtig und mächtig. Abgeordnete können mit ihrem Fragerecht gegenüber der Regierung Skandale aufdecken, wie schon geschehen.

Im Bundestag und Landtag können Untersuchungsausschüsse oder Enquete-Kommissionen mit **25**% der Abgeordneten eingesetzt werden. Auch wenn die EU ihre Kompetenzen überschreitet, muss der Bundestag Subsidiaritätsklage gegen sie erheben, wenn es **25**% der Abgeordneten wollen. Zudem können **25**% der Bundestagsabgeordneten ein Gesetz vom Verfassungsgericht überprüfen lassen. Die AfD in Sachsen-Anhalt konnte z.B. eine Enquete-Kommission zum Linksextremismus einsetzen. Sehr zum Ärger der darin verstrickten Parteien.

Im Europaparlament ist unser Ziel, dass wir mit unseren Schwesterparteien aus den anderen Staaten insbesondere stärker als die grüne Fraktion werden. Damit lässt sich einiges beeinflussen. Wir waren teils schon die entscheidende Stimme!

Jetzt Parteimitglied werden! www.afd.de/mitglied-werden/

SPENDENKONTO

Wir brauchen Ihre Unterstützung!

IBAN: **DE08 6739 0000 0059 3254 00**
Verwendungszweck: **Spende**

Btte geben Sie zusätzlich im Verwendungszweck Ihre Adresse an, falls Sie eine Quittung für die Steuererklärung möchten!

Weitere Informationen unter www.afd-nok.de und www.afd.de

Impressum:
AfD Kreisverband Neckar-Odenwald
Kreisvorsitzender **Johann Martel**
An den Hofäckern 19, 74731 Walldürn

vorstand@afd-nok.de

Druckschluss: 18.05.2024
Foto Titelseite: David Kratschmann/CC BY-SA 4.0 (Ausschnitt)